

VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND

Vorbemerkung

Die Tarifverträge im öffentlichen Dienst haben exemplarische Bedeutung für die noch ausstehenden Tarifverhandlungen in diesem Jahr. Erstmals werden durch die in den Tarifvertrag aufgenommenen vermögenswirksamen Leistungen größere Massen von Arbeitern und Angestellten zu Zwangssparern gemacht, um den chronischen Kapitalmangel in der BRD-Wirtschaft zu beheben. Wer sich um das Wohl und Wehe dieser Massen kümmert, muß die Frage der "Vermögenspolitik" unbedingt diskutieren und agitatorisch auswerten. Allein im ersten Halbjahr 1970 sind für 9,4 Mill. Beschäftigte Tarifverhandlungen zu erwarten; achten wir auf die Show, die Gewerkschaften und Unternehmer abziehen werden.

Das Interesse des Kapitals an der "Vermögenspolitik"

Um den Mehrwert zu steigern, ist das Kapital gezwungen, stets größere Kapitalmengen in produktivitätssteigernden Maschinen zu investieren, besonders bei verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt (Exportabhängigkeit.)

Größere Kapitalmengen entstehen zum Bei. durch die Zusammenlegungen kleinere Kapitalien. Die Konzentration des Wirtschaftskapital in der BRD nach der Rezession ist nicht zuletzt ein Zeichen für einen den wirtschaftlichen Wachstum abträglichen Kapitalmangel. Nicht zu übersehen ist die wachsende Konzentration des Finanzkapitals parallel dazu. Die Exportlastigkeit der BRD Wirtschaft verursacht einen ständigen Kapitalmangel, da große Kapitalmengen in Devisen festgelegt, der Akkumulation entzogen werden. Die absolut wachsende Auslandsfrage, der schlecht versorgte Binnenmarkt verlangen eine intensive Produktivitätssteigerung durch kapitalintensive Investitionen. Um den technologischen Rückstand zu den USA verringern zu können, ist Kapital vonnöten ebenso für den Kapitalexport unter imperialistischen Vorzeichen, nachdem ein Großteil der überschüssigen Devisen abgeflossen ist.

Wie wird Kapital akkumuliert?

In Produktionsmitteln investiertes Kapital, schafft durch Einsaugen der menschlichen Arbeit Mehrwert, der wird realisiert und zum Teil (beispielsweise in neuen Maschinen) reinvestiert, der konstante Kapitalteil wächst, die Produktivkraft der Arbeit wird erhöht, ebenso die Rate des produzierten Mehrwertes. Diese Methode, den konstanten Kapitalteil allein durch den Mehrwert und dessen mit Schwierigkeiten behafteter Realisation zu vergrößern, scheint dem deutschen Monopolkapital nicht mehr der notwendigen Expansion zu entsprechen, nicht krisenfest genug. Es ersinnt eine bösertige, "wirtschaftlichere Methode"

Das konstante Kapital soll sich nicht mehr aus dem Mehrwert allein vergrößern, sondern auch aus Teilen des variablen Kapitals, dem in Löhnen vorgeschossenen Kapitalteil.

Man entzieht der Masse der Arbeiter und Angestellten langfristig die Verfügungsgewalt über einen dem einzelnen klein erscheinenden Teil des Lohnes, legt ihn langfristig fest in Wertpapieren oder auf Sparkonten und schlägt ihn dann dem Akkumulationsfonds zu (gegen ~~KXX~~ Bezahlung eines niedrigen Zinssatzes bzw. Dividenden); nicht zu vergessen: vorher wird eine statliche Prämie dazugepackt.

Unter dem Namen Vermögenspolitik wird eine verschärfte und direktere Kapitalakkumulation betrieben. Direkter, weil die Realisation des Mehrwertes nur möglich wird durch den Konsum der Bevölkerung, letztere erhält - überlicherweise - als Gegenwert die Ware, wenn sie dem Kapitalisten durch Konsum seiner Waren zu (realisierten) Mehrwert verhilft. Mit Hilfe der "Vermögenspolitik" wird ihr dieser Gegenwert gestohlen, der sauer verdiente Lohn fließt direkt in den Prozeß der Kapitalverwertung. Die Arbeiter müssen dann an den von ihrem Lohn finanzierten produktiveren Maschinen (unter gesteigener Ausbeutungsrate) ihr eigenes "Vermögen" erwirtschaften, mehr Mehrwert erzeugen, von dem ein Teil - als Abschreibung, einschließlich der Zinsen - ihre Sparkonten oder Aktien ideell vorstellt, die aber konkret als Kapital, weil langfristig festgelegt, in jetzt gesteigertem Umfang im Akkumulationsfonds der Kapitalisten neben dem natürlichen Besitzer weiter Dienste tun. Man versucht, den Betrogenen bei diesem Geschäft die Meinung aufzuschwatzen, ihr Geld liege still auf der Bank und arbeite, vermehre sich durch Zins und Zinseszins, obwohl es anderen nur nicht ihnen selbst Werte schafft und in Wirklichkeit durch ständige Inflation entwertet wird, alles Risiko die Arbeiter tragen und zudem reale Lohn-erhöhungen abgeblockt werden. Nebenbei erweckt der Zettel mit der gedachten Masse des "Vermögens", dem, der ihn in der Hand hin- und herdreht, all die hohen Gefühle und Charaktereigenschaften, die der Dreieinigkeit, Staat, Unternehmer, Gewerkschaften lieb sind (zumindest wünschen die drei sich das so.) Die Arbeiter und Angestellten sollen sich als "Minikapitalisten" fühlen und verhalten, sozialen Auseinandersetzungen und Streiks abgeheigt, ihr ganzes Interesse "ihrem Betrieb" widmen, sich den Interessen des Kapitals fügen.

Der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst und bei der Bundesbahn. Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes und der DB erhalten rückwirkend ab 1.1.70 einen rund 100 DM höheren Lohn. Dieser Betrag errechnet sich aus einer linearen Erhöhung um 8 % und dem "vermögenswirksam" festgelegten Sparbetrag von DM 13,-. Der letztere wird nur Beschäftigten "gewährt", deren Bruttoeinkommen DM 1000,- nicht übersteigt.

Genscher plant ab 1971, gegenüber allen Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst, einschließlich Bahn und Post und ohne jegliche Einkommensgrenzen, "sparfördernde" Zahlungen durchzusetzen.

"Jeder Beschäftigte ist frei (!) in der Geldanlage, muß sich aber an die gesetzlichen Bestimmungen - Sparverträge mit Festlegungszeiten - halten." (FR v. 16.1.1970) Nach dem Gesetz zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer sog. 312,- DM - Gesetz zahlt der Sparer 7 Jahre lang über den Arbeitgeber monatlich 20,- DM auf ein Sparkonto, dazu kommt eine staatliche Prämie über 6,- DM im Monat. Diese jährlich angelegten 312,- DM sind frei von Einkommenssteuer und Sozialabgaben. Dann "ruht" das Geld weitere zwei Jahre". Nach 9 Jahren erhält der Arbeiter 3.000,- DM ausgezahlt.

Einem Stufenplan zur Folge sollen die monatlichen Zwangszahlungen jedes Jahr um 13,- DM steigen. Der jährliche Sparbetrag einschließlich Prämie wird also 1973 624,- DM betragen (FR vom 13.1.1970).

Die konjunkturpolitische Scheinbegründung

Der Zeitpunkt für die untergejubelte "Vermögenspolitik" ist ziemlich geschickt gewählt. Die Unternehmerverbände haben den Gewerkschaften vorgerechnet, daß sie 1970 eine Erhöhung der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 10,3% erwarten, da sie freundlicherweise zusätzliche Verteuerungen "befürchten" (sprich machen), "wenn die vollen Lohnsteigerungen auf den Markt fließen," ... "fordern sie, einen Teil der diesjährigen Lohnerhöhung vermögenswirksam festzulegen." (Industriekurier vom 13.1.1970)

"Gesellschaftspolitische" Motive für eine langfristige Vermögenspolitik

Nach den Septemberstreiks sitzt den Besitzenden die Angst "vor einer revolutionären Explosion" in den Knochen (Katzert zitiert in Spiegel Nr. 3). Sie fürchten: "Wenn wir nicht endlich für Vermögen bei den Arbeitnehmern sorgen, werden wir eines nicht allzu fernen Tages enteignet". (Burgbacher zitiert in Spiegel Nr. 3). Darum verlegen sie sich auf die Hoffnung, daß "durch die Vermögensbildung ... der Forbestand unserer Gesellschaft, die auf Eigentum beruht, gesichert" werden könnten. (Burgbacher a.a.O) denn, "daß die Gesellschaft erst durch viele Vermögen stabilisiert wird, ist eine Binsenweisheit" für sie (IK Nr. 1/2 1970). Außerdem "sichert das Eigentum (!) den Staatsbürger auch gegen die Wechselfälle des Lebens (Presse und Informationsdienst). "Es besteht kein Zweifel, daß selbst kleine Vermögen in der Hand der Unselbständigen das Gefühl der Unsicherheit" (in einer Rezession beispielsweise) "und Abhängigkeit (vom Arbeitskraftverkaufen müssen) mildern und damit den Drang nach uferloser Ausdehnung sozialer Absicherungen begrenzen, sondern auch echte soziale (!) Funktionen zu erfüllen vermögen. Der neue Arbeitsminister hat es selbst ausgesprochen: Um wieviel stärker wäre die Position eines Arbeitnehmers, wenn er beispielsweise bei Verlust seines bisherigen Arbeitsplatzes infolge wirtschaftlichen Strukturwandels auch nur auf einige tausend Mark zurückgreifen könnte (IK Nr. 1/2).

In der Vermögenspolitik möchten Unternehmer, Regierung und Gewerkschaften, abgesehen von der Beseitigung des Kapitalmangels, zwei widersprüchliche Dinge zusammenbringen. Einerseits will man Unterprivilegierten das Gefühl von Vermögen geben, weil die stillmachenden psychologischen Wirkungen nötig gebracht werden. Andererseits ist die Tendenz erkennbar (z.B. in der Lohnfrotzahlung durch den Betrieb), die kollektive soziale Absicherung allmählich verschwinden zu lassen, um sie durch die individuelle Geldansammlung (wie vor Bismarcks Sozialgesetzgebung) in der Verfügungsgewalt des Kapitals zu ersetzen.

Der Burgbacher Plan

Burgbacher, Häuptling der CDU-Eigentumskommission", hat einen vertraulichen Gesetzentwurf "über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen (!) der Wirtschaft" (sog. Investivlohn) vorgelegt.

Die Arbeitgeber werden gesetzlich verpflichtet, für jeden Arbeitnehmer

monatlich 20,-- DM vermögenswirksam anzulegen.

Bund und Länder haben darüberhinaus eine Prämie von 6,-- DM monatlich zu leisten.

Diese jährlichen Zuwendungen von insgesamt 312,-- DM sollen für alle Arbeitnehmer, auch Beamte und Soldaten in Werktpapieren wie Aktien und Investmentzertifikaten fest angelegt werden."

Über die gesetzliche "Lohnrücklage" hinaus sollen die Gewerkschaften in Betriebs- und Tarifvereinbarungen den Arbeitern weitere 10,-- DM monatlich abknöpfen dürfen (plus staatlicher Prämie 39,-- DM, jährlicher Investivlohn 468,-- Mark). Die Arbeiter und Angestellten können "auf diese Weise" in 10 Jahren etwa 5.000 Mark, in 20 Jahren 17.000 Mark, in 30 Jahren 42.000 Mark und in 40 Jahren rd. 90.000 Mark ansammeln." Aus den "Investivlöhnen" eines einzigen Jahres rechnet Burgbacher mit einem Kreditvolumen in Höhe von 7 Milliarden Mark, einschließlich der staatlichen Prämien summe von 2 Milliarden Mark.

Wem hier "Vermögen" geschaffen werden soll, stellt sogar das folgende Spiegel-Zitat klar, "für nicht börsenfähige mittlere und kleine Gewerbebetriebe soll ein überbetrieblicher Beteiligungsfonds gegründet werden, damit den Firmen die Investivlöhne ihrer Arbeiter nicht verloren gehen. Der Fonds wird den Arbeitnehmern einige Anteilscheine zum Kauf anbieten und dem "Unternähmer" mittelstand aus dem wachsenden Sparkapital Kredite für seine Investitionen gewähren (alle Zitate Spiegel Nr. 3.)

Die offene Kollaboration zwischen Kapital und Gewerkschaften (selbst einer der größten Kapitaleigner und Ologopolist) deutet eine neue Stufe der Integration der Gewerkschaften in die staatliche Einkommenspolitik und die Investitionspolitik des Kapitals an; sie werden immer weniger die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Der Industriekurier droht: Es ist endlich eine Bresche geschlagen (durch die ÖTV-Tarifverträge,) durch die nachzurücken die anderen Gewerkschaften aufgefordert sind, sofern sie sich nicht eines Tages den Vorwurf zuziehen wollen, ihre konstruktive Mitarbeit (!) an einem der wichtigsten gesellschaftspolitischen Probleme verweigert zu haben."

Thomas Hoppe